



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/149 - 2.7.1956

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

Vor der zweiten Lesung des Wehrpflichtgesetzes	S. 1
Frankreich voller Sorgen	S. 3
Steuersenkungsprogramm für Grossverdiener	S. 5
Unsichere SED-Führung/ Die Posener Ereignisse und ihre Rückwirkungen	S. 7

Unzeitgemäss

sp. Mit seinen 45 Paragraphen gehört das Wehrpflichtgesetz wohl nicht zu den umfangreichsten, wohl aber zu den inhaltsschwersten Gesetzeswerken der letzten Jahre. Die zweite und abschliessende dritte Lesung sind für Mittwoch und Freitag vorgesehen, stürmische Auseinandersetzungen zu erwarten. Sowohl die SPD als auch die FDP haben sich in den Ausschüssen und in der Öffentlichkeit scharf gegen die Verabschiedung des Gesetzes noch vor den Sommerferien ausgesprochen. Die FDP nannte es einen Torso, der sozialdemokratische Wehrexperte Erler bezeichnete es als "nicht mehr zeitgemäss", da Massenheere im Zeitalter der Atomstrategie überholt seien.

Das Gesetz ist ein Produkt der Adenauerschen Aussenpolitik, mehr noch: ein Kernstück dieser Konzeption.

Für seine übereilte Verabschiedung sprechen weniger innenpolitische, als vor allem vermeintliche aussenpolitische Rücksichtnahmen. Wir leben heute im Frühsommer 1956. Der deutsche Verteidigungsbeitrag, wie er nun nach dem Willen einer kleiner gewordenen Koalition durch die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht untermauert werden soll, ist aber der Niederschlag einer Politik, deren Wurzeln bis in die Jahre 1949/50 zurückgreifen. Westliche Stimmen von steigendem Gewicht kehren sich, die fragen, ob eine Politik noch nützlich sein kann, deren Grundzüge auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges geformt wurde. Drei Gründe von entscheidender Bedeutung werden angeführt: Die heute ernsthaft von niemandem mehr bestrittene Entspannung zwischen den Weltmächten; das inzwischen - 2 -

eingetretene Rüstungsgleichgewicht zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion und schliesslich die Konsequenzen der Atom-Strategie, die die Planungen von 1950 weitestgehend entwertet haben.

Und doch hält die Koalition an ihrer Absicht fest, innerhalb von vier Jahren eine westdeutsche Armee von 500 000 Mann aufzustellen. Nach den Folgen wird nicht viel gefragt. Sie betreffen in erster Linie die Aussichten der wichtigsten deutschen Lebensfrage, der Wiedervereinigung. Der republikanische Senator Planders, ein Anhänger der Regierung Eisenhower, hat dieser Tage gesagt, man müsse sehen, dass die Russen niemals überredet werden könnten, die Zone an eine aufgerüstete Bundesrepublik abzutreten. "Wer diese Realität nicht anerkennt und danach seine Politik einrichtet, wirtschaftet im leeren Raum herum." Und auf der Berliner Tagung der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands erhielt Prof. Gollwitzer mehrfach offene Zustimmung, als er erklärte, die Wiedervereinigung bleibe eine platonische Angelegenheit, wenn man sich nicht zur Gretchenfrage der Wehrpflicht äussere. Eine klare Mehrheit dieses höchsten evangelischen Kirchenparlamentes hat sich denn auch gegen die Wehrpflicht ausgesprochen. Wie man sieht, kommen die Bedenken also nicht nur aus dem parlamentarisch-oppositionellen Raum, sie sind in allen Teilen des deutschen Volkes tief verwurzelt, wo man ein sicheres Gefühl dafür hat, wenn Fragen des eigenen Schicksals berührt werden.

Ausserdem lässt das vorliegende Gesetz viele Einzelfragen offen. Es regelt nicht einmal die Dauer der Dienstzeit, nicht die Möglichkeiten der Kriegsdienstverweigerung und, menschlich wohl am entscheidendsten, auch nicht die Frage, ob Wehrpflichtige, die Verwandte ersten Grades in der Zone haben, von der Dienstpflicht ausgenommen sein sollen. Im Verteidigungsausschuss bestand darüber Stimmgleichheit. Wird die Koalition den Mut haben, einen entsprechenden Antrag, wie er mit Sicherheit von der Opposition eingebracht wird, abzulehnen?

Selbst wenn das Wehrpflichtgesetz in dieser Woche verabschiedet werden sollte, wird das Verteidigungsministerium nicht in der Lage sein, auch nur einen einzigen Soldaten einzuberufen, weil andere für seine praktische Wirksamkeit unerlässliche Gesetze, wie das Organisationsgesetz, das die Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern regeln muss, noch nicht vorliegen. So bleibt lediglich der politisch-demonstrative Charakter übrig, der mit der Annahme des Wehrpflichtgesetzes verbunden wäre. Aber gerade diese politische Geste ist unter den gegenwärtigen Umständen nicht nur überflüssig, sie ist unzeitgemäss und schädlich.

Kann die Nationalversammlung in die Ferien gehen?

b.v. Paris

Es ist üblich, dass am spätestens 13. Juli, einen Tag vor dem Nationalfeiertag, das Parlament seine Tore schliesst. In diesem Jahre aber wird bereits seit geraumer Zeit darüber diskutiert, ob man sich solchen Luxus erlauben kann: Der Krieg in Algerien und die durch ihn entstehenden schweren Finanzprobleme sind in solchem Maße erdrückend, dass die Regierung Wert darauf legen mag, vom Parlament sehr plötzliche Entscheidungen zu erlangen.

Eine Armee von rund einer halben Million Mann in Afrika unter Waffen zu halten, ist an sich bereits ein kostspieliges Unterfangen. Aber diese Armee besteht nicht nur aus Aktiven, und jeder zur Dienstleistung eingezogene Reservist fällt aus dem Arbeitsprozess der Heimat aus. Dies wiederum bedeutet ein langsames, aber dauerndes Nachlassen der Produktivität, und da erheblich mehr Steuern aufgebracht werden sollen - um den Krieg zu finanzieren - steht die Industrie vor dem Rätsel, wie sie bei langsam absinkender Produktion bedeutend höhere Steuerbeträge hervorzaubern soll.

Dazu kommt die Teuerung. Zwar plant die Regierung einen Preisstopp, aber er bezieht sich nicht auf alle Erzeugnisse und Dienste - und er kann sich tatsächlich nicht auf alle beziehen. Die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die seit mehr als einem Jahr anhält, wird demnach - vielleicht in Tempo verlangsamt - weiterhin bestehen. Es ist selbstverständlich, dass, wenn es keinen vollständigen Preisstopp gibt, es auch keinen vollständigen Lohnstopp geben kann, so dass die Aufwärtsentwicklung anhalten wird.

Selbstverständlich kann man sich damit trösten, dass jeder Krieg einmal beendet wurde, dass also auch der in Nordafrika so oder so eines Tages beendet sein wird. Das aber ist ein sehr schwacher Trost, denn in Wirklichkeit ist Frankreich seit 17 Jahren nicht zur Ruhe gekommen: Weltkrieg, Indochina, Nordafrika, es ging hintereinander, und die Atempausen wurden immer kürzer. Die Kraft der Nation ist demnach in höchstem Maße beansprucht worden und wird weiterhin in hohem Maße beansprucht. Dazu kommt, dass die Entwicklung in Nordafrika als "Augenöffner" gewirkt hat, d.h., dass Frankreich jetzt alles daran setzt, die

Gebiete südlich der einstigen Protektorate Marokko und Tunesien nicht nur zu behalten, sondern einer neuen wirtschaftlichen Entwicklung zuzuführen. Auch dies kostet Geld, Geld und nochmals Geld.

NATO-Verpflichtungen und Nahost-Befürchtungen

Neben diesen direkten Sorgen bestehen die indirekten, nämlich die aussenpolitischen. Tatsache ist, dass Frankreich infolge des Afrika-Krieges heute nicht in der Lage wäre, seinen NATO-Verpflichtungen in Europa nachzukommen, falls dies etwa notwendig sein sollte. Seine zum Schutz der Ostgrenzen -und der Bundesrepublik- bestimmten Divisionen stehen zum grössten Teil in Afrika, und schon hat der amerikanische General Gruenther, vorläufig noch Oberkommandierender der NATO, erklärt, allzu lange könne man diesen Ausfall nicht hinnehmen. Selbstverständlich weiss auch General Gruenther, dass kein Angriff aus dem Osten bevorsteht; aber entweder hat die NATO noch eine militärische Aufgabe, oder sie hat sie nicht mehr, d.h. entweder sind Truppen vorhanden oder nicht. Frankreich aber möchte keinesfalls "ausfallen".

Der Krieg in Nordafrika hat jedoch noch andere aussenpolitische Folgen. Während z.B. die Sowjetunion anlässlich des Besuches, den Ministerpräsident Mollet und Aussenminister Pizieu vor wenigen Wochen in Moskau abstatteten, andeutete, sie würde sich in die Vorgänge im Vorderen Orient nicht einmischen, machte die jüngste Reise des neuen russischen Aussenministers nach Kairo, Damaskus und anderen arabischen Hauptstädten einen entgegengesetzten Eindruck. Das anti-französische Zentrum in Nordafrika heisst nicht Algier, sondern Kairo. Dort laufen alle Fäden zusammen. Dort wird der algerische Aufstand organisiert und finanziert - wenn auch nicht etwa aus hauptsächlich ägyptischen Mitteln. Daher ist das Verhältnis zwischen Frankreich und den moslemischen Staaten heute nicht gerade herzlich, und neue Komplikationen von einem Tag zum anderen entstehen.

Es ist nun durchaus begreiflich, dass die Regierung Schou vor dem Gedanken empfindet, während der langen Parlamentsferien "einsame Entschlüsse" fassen zu müssen und die Verantwortung dann allein zu tragen. Die von den Sozialisten geführte Regierung Mollet hat bisher in allen Fragen das Vertrauen des Parlaments erringen können - oft mit bedeutender Mehrheit - und hat ihre Entschliessungen gelegentlich in voller Übereinstimmung mit Parteien gefasst, die nicht im Kabinett vertreten

sind. Das will jedoch noch nicht heissen, dass sich hieran nichts ändert, und dass es, falls die Kammer Ferien macht, nicht später heisst: "Das hätten wir niemals gebilligt!"

Wie immer die Frage der Parlamentsferien geregelt wird, so ist doch eines gewiss: Bisher hat noch keine der regierungsfähigen Parteien zur Beendigung des Afrikakrieges und damit der drückendsten Sorgen, ein eigenes Programm angeboten. Es gibt Gegner der Politik Kollets, aber keine nicht-kommunistische Partei hat als solche eine Programm anzubieten, und keine könnte, selbst wenn sie wollte, es wagen, der KP beizupflichten, d.h. Nordafrika einfach aufgeben zu wollen. Leider ist damit, dass keine Partei ein wirkliches Gegenprogramm anzubieten hat, niemandem geholfen. Die Sorgen bleiben bestehen. Infolge dieser Sorgen ist allerdings die Regierung stabiler als man je geglaubt hätte: Niemand verspürt grosses Verlangen danach, sie ihr abzunehmen und sich mit der Verantwortung zu belasten.

* * *

Der einzige Ausweg: Notopfer streichen

FB. Wenn die CDU/CSU nicht noch in Plenum bei der zweiten und dritten Beratung der Steuererleichterungsvorlagen (voraussichtlich Mittwoch) zur Einsicht gelangt, wird der Steuerzahler erneut darum betrogen werden, schon am 1. Oktober 1957 eine Entlastung zu erfahren. Da aber Einsicht bei der Kanzlerpartei offensichtlich Mangelware ist, sind die Hoffnungen mehr als gering.

Man müsste schon Archivare bemühen, um das Durcheinander in allen Einzelheiten zu beschreiben, das sich auf dem Steuergebiet seit Februar ereignete, als der Kuchenausschuss der CDU/CSU sein Steuererleichterungsprogramm verkündete. Ein Programm, das in seinem Kernstück eine 10%ige lineare Steuererleichterung zum Inhalt hat, von der die 16 Millionen kleiner und mittlerer Steuerzahler nur kleine D-Mark-Beträge erhalten, während die Creme der Grossverdiener das Bombengeschäft machen würde.

Nach ungezählten Verhandlungen und Neuauflagen von Programmen ist leider dieser Vorschlag am Ende vergangener Woche mit einer sehr knappen Mehrheit vom Finanz- und Steuerausschuss gebilligt worden. Hätte der FVP-Abgeordnete Dr. Martin Blank nicht seinen Hut und Mantel vergessen dann wäre die Streichung des Notopfers Berlin nicht mit 12 : 12 Stimmen abgelehnt worden, sondern es hätte sich eine Stimmenmehrheit - 6 -

dafür ergeben und damit wäre das CDU-Programm hinfällig geworden.

Die Streichung des Notopfers Berlin, das die sozialdemokratische Bundestagsfraktion und später auch der Bundesrat in einem Initiativgesetz beantragt haben, ist dabei allein der Ausweg aus dem Dilemma. Es steht nämlich fest, dass der Bundesrat das CDU-Programm, wenn es im Plenum bestätigt werden sollte, nicht billigen wird. Der Vorsitzende des Finanz-Ausschusses des Bundesrates, der hessische Finanzminister Troeger - hat am Samstag noch einmal bestätigt, dass in diesem Falle der Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen wird. Dieser Vermittlungsausschuss aber kann dann frühestens Mitte September 1956 zusammentreten, und damit ist der 1. Oktober 1956 als Steuersenkungstermin hinfällig geworden. Die CDU, die ganz nebenbei auch das Spiel ihres Finanzministers treibt, der sich schon immer für Steuersenkungen erst ab 1. Januar 1957 ausgesprochen hat, hat dann allein die Verantwortung zu tragen und auf ihr Konto allein geht die neuerliche Enttäuschung der deutschen Steuerzahler.

Aber ganz abgesehen davon, ist auch die Abschaffung des Notopfers Berlin die sozialere Massnahme gegenüber der linearen Tarifierkung. Der prozentuale Anteil des Notopfers Berlin an der Einkommenssteuer beträgt beispielsweise bei einem Jahreseinkommen bis DM 3.000.-- 23,4 %, während es bei DM 100.000.-- Jahreseinkommen nur noch 9,7 % und bei einer Million Jahreseinkommen sogar nur 7,4 % sind. Allein diese drei Zahlen zeigen, dass man die kleinen Einkommen wesentlich besser durch die Streichung des Notopfers Berlin entlasten könnte.

Als zweite Massnahme müsste die Einführung eines sogenannten besonderen Arbeitnehmerfreibetrages hinzukommen, den der Finanz- und Steuerausschuss gleichfalls mit knapper Mehrheit abgelehnt hat. Es würde sich hier nur um einen Akt der ausgleichenden Gerechtigkeit handeln, denn während jeder veranlagte Steuerzahler in der Lage ist, "abzusetzen", kann das die Masse der Lohnsteuerpflichtigen nicht.

Entscheidend aber ist, dass man zu einem Akkord mit dem Bundesrat kommen muss, denn es handelt sich bei allen Steuervorlagen schliesslich um Zustimmungsgesetze. Es ist nicht einzusehen, warum die CDU/CSU im Bundestag ihre Mehrheit ausnutzen will, um an der Bundesratsklippe späterhin ohnehin zu scheitern oder wesentlich zurückstecken zu müssen. Logischer kann man also gar nicht vorgehen, als das Notopfer Berlin zu streichen, denn dazu liegt ein Einverständnis des Bundesrates vor.

Aber da, wie gesagt, Einsicht in der Kanzlerpartei Mangelware -7-

ist, werden wir vermutlich im Plenum in dieser Woche ein Auftrumpfen erleben, dem spätestens im September, wenn der Vermittlungsausschuss in Tätigkeit treten kann, der Katzenjammer folgen wird. Alles aber geht zu Lasten des Steuerzahlers.

* * *

Pankow blickt erschreckt nach dem Osten

E.Z., Berlin

Das Wochenende hat für die SED-Führung in Ostberlin zweifach Anlass zu Bestürzung und Erschrecken gegeben. Einmal war es der Arbeiteraufstand in Posen mit seinen möglichen Auswirkungen auf die jetzt selbst aus breiten Parteigruppen vorgetragenen Angriffe gegen die Ulbricht-Clique, zum anderen neue Andeutungen aus Moskau, dass man dort nicht gewillt ist, die "Entstalinisierung" in der Sowjetzone im Sande verlaufen zu lassen, wie es Pankow geplant hat. Beides hat die Sedisten in ZK und Regierung veranlasst, vorbeugende Massnahmen zu treffen, wobei man nicht unversucht lässt, die Ereignisse in Polen für die eigene These auszunutzen, dass eine zu weitgehende "Entstalinisierung" in der Zone und die damit notwendig verbundene Freisetzung oppositioneller Strömungen in der Partei und der Bevölkerung zu einer ernsthaften Gefährdung des SED-Regimes führen muss.

Wesentlich ist bei den Pankower Reaktionen auf den Arbeiteraufstand in Posen die Überlegung, dass ^{sich} die Bevölkerung der Sowjetzone seit dem 28. Juni, der Parallele zum 17. Juni 1953, durch ein gemeinsames Erlebnis des Widerstandes gegen ein Diktaturregime mit der polnischen Bevölkerung verbunden fühlen muss. Aus der SED-Presse ist klar zu erkennen, wie man in Ostberlin versucht, die Bevölkerung der Zone über den Aufstand in Polen zu täuschen und gleichzeitig einzuschüchtern. Kennzeichnend ist auch der Umstand, dass zunächst die sowjetzonale Provinzpresse in den Gebieten, die an Polen grenzen, überhaupt keine Mitteilung über die Ereignisse von Posen veröffentlichte.

Das ZK der SED hielt es für notwendig, die Zonenbevölkerung davor zu warnen, nicht auf ein "Posen in der Zone" zu hoffen. Das Zentralorgan der SED "Neues Deutschland" forderte seine Parteimitglieder auf, jetzt besondere "Wachsamkeit" zu üben und verbindet diese Forderung mit dem Hinweis, es sei ein Irrtum, "Demokratisierung mit einem Weichwerden gegen gewalttätige Feinde der Demokratie" zu verwechseln und an der

"stählernen Härte der Arbeiter und Bauernmacht" zu zweifeln. Die SED-Führung verkennt nicht die mit dem polnischen Arbeiteraufstand für die Zone verbundenen Gefahren. Sie ist dabei insofern in einem besonderen Dilemma, als ihr nur allzu gut bekannt ist, wie weit die in Polen seit dem 20. Parteitag der KPdSU durchgeführte Liberalisierung auch in breitesten Bevölkerungskreisen der Zone publik geworden ist, obwohl Pankow alles versuchte, in seiner Presse das "Tauwetter in Polen" zu verheimlichen.

Während Pankow jetzt eine gute Gelegenheit gekommen sieht, eine neue Einschüchterungskampagne gegenüber der küsserst kritisch gewordenen SED-Mitgliedschaft und der Bevölkerung zu inszenieren, muss es aus Moskau zur Kenntnis nehmen, dass die Völker des kommunistischen Ostblocks jetzt anscheinend mit der Geheimrede Chruschtschows vor dem 20. Parteitag bekannt gemacht werden sollen. Dafür spricht die Veröffentlichung eines Artikels des Generalsekretärs der amerikanischen KP, Dennis, in der "Prawda", der ziemlich weitgehend wichtige Teile der Chruschtschow-Rede mit der bisher nicht bekanntgegebenen schärfsten Kritik an der Stalin-Politik enthält und der auch vom SED-Zentralorgan übernommen werden musste. Damit erfährt die Zonenbevölkerung erstmalig aus Ostberliner Quelle, welche Verbrechen Stalin und seine ihm hörigen Funktionäre begangen haben, zu denen in den Augen der SED-Mitgliedschaft und der Zonenbevölkerung auch Ulbricht gehört. Pankow kann die ihm ohne Zweifel aufgezwungene Veröffentlichung des Dennis-Artikels nur als einen Beweis dafür betrachten, dass in absehbarer Zeit Moskau nicht nur für die Bevölkerung der SU, sondern auch der Zone eine Auflockerung aller Verbrechen der Stalin-Ära für notwendig halten wird.

Wie sehr die SED-Führung eine solche Entwicklung als einen neuen Schlag gegen ihre Versuche ansehen muss, die Position Ulbrichts zu halten, geht daraus hervor, dass man sich in Pankow scheute, das jetzt in Moskau veröffentlichte, 33 Jahre geheim gehaltene Testament Lenins bekanntzugeben. Die Parallelen zwischen Stalin und Ulbricht sind so eindeutig, dass Pankow den Inhalt des Lenin-Testamentes verschweigt.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau